

gleichzeitige Auftreten und die Konkurrenz vieler solcher Systeme könnte es dann zur Ausbildung und Verbesserung von Stoffwechsel- und Vermehrungsvorgängen gekommen sein. Eine solche Entwicklung führte dann allmählich zum Auftreten von Uroorganismen, aus denen später durch Differenzierung die anderen Lebewesen hervorgingen.

Literatur:

- A. I. Oparin: „Die Entstehung des Lebens auf der Erde“, Berlin 1957.
L. Roka: „Vergleichend biochemische Fragen“, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1956.
H. Michl: „Neuere Anschauungen über die Entstehung des Lebens“, Oesterreichische Chemikerzeitung, 1959, 1. Heft (1958).

Die soziale Lage der Arbeiterschaft Wiens nach Berichten des Gewerbe-Inspektorats 1883–1918

Aus einem, am 25. November 1958, von Prof. Dr. Gustav Otruba im Institut für Wissenschaft und Kunst gehaltenen Vortrag

Am 17. Juni 1883 wurde das Gesetz über die Einführung von Gewerbeinspektoren sanktioniert. Gemeinsam mit dem folgenden Bergarbeitergesetz (1884), der Einführung des 11-stündigen Normalarbeitstages durch die zweite Gewerbenovelle 1885 und der Schaffung einer Unfall- und Krankenversicherung (1887) sind so vor bereits 75 Jahren die Fundamente zu einer wirksamen Sozialgesetzgebung in unserem Heimatlande gelegt worden. Die beste Sozialgesetzgebung wäre allerdings ohne die Kontrolltätigkeit der Gewerbeinspektoren kaum wirksam geworden, wie man aus den jährlichen Tätigkeitsberichten derselben an den Herrn Handelsminister entnehmen kann. Somit stellen die „Berichte der k. k. Gewerbeinspektoren“ eine wichtige — da politisch unbeeinflusste, von Staatsbeamten verfaßte — Quelle zur Sozialgeschichte der Arbeiterschaft in der entscheidenden Epoche ihres politischen Erwachens dar.

Die Berichterstattung erstreckte sich zunächst (1884) auf: Beschaffenheit der Arbeitsräume hinsichtlich der baulichen Anlage sowie Ventilation, Beleuchtung und Beheizung; Unfälle und Vorkehrungen zu deren Verhütung; Arbeitszeit und Arbeitspausen; Arbeiterverzeichnisse, Dienstordnungen, Lohnzahlungen und Arbeiterausweise; gewerbliche Ausbildung der jugendlichen Arbeiter; Wohlfahrtseinrichtungen und Verkehr mit den Behörden. Seit 1893 wurde auch die Beschaffenheit der den Arbeitern beigestellten Wohnräume inspiziert und seit 1895 gesondert über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter sowie die Arbeiterbewegung (Streiks) berichtet. 1896 fand eine Enquete über die Frauenarbeit in Wien statt, der Gewerbeinspektion wurde zentral für Wien eine eigene mit diesen Agenden betreute Assistentin beigegeben. Seit 1898 gab es ein eigenes Gewerbeinspektorat für die k. k. Tabakfabriken, seit 1911 für Bauarbeiten in Wien. Mit dem Ausbau der Sozialgesetzgebung wuchs sinngemäß auch der Aufgabenbereich des Gewerbeinspektorats. So fällt z. B. im Jahre 1909 unter die Agenden des Arbeiterschutzes: Neuanlagen und Betriebserweiterungen, Genehmigung von Betrieben, Schutzvorschriften für autogene Schweißung, Benzin und Spiritus, Dampfkraft und Dampfleitungen, elektrische Einrichtungen, Hochbauten; Entstaubung, Garderoben, Waschvorrichtungen, Unterkunftsräume, Wohn- und Schlafräume; Unfälle, Unfallversicherung, Berufskrankheiten, Krankenversicherung usw.

Sozialgeschichtlich besonders auswertbar ist jeweils das allgemeine Kapitel „Wirtschaftliche Lage der Arbeiter“. Für die Berichtszeit lassen sich in den 80er Jahren zunächst noch die Nachwirkungen der Wirtschaftskatastrophe von 1873 feststellen, die allmählich weichen und um 1895 zu einem ersten Konjunkturröhepunkt führen. Die Jahrhundertwende brachte zwar eine merkliche Abschwächung der günstigen Wirtschaftslage, aber im Jahre 1906 wird ein zweiter — noch nicht dagewesener und auch nie mehr erreichter — Konjunkturröhepunkt erreicht. Bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges ging es dann stetig bergab, besonders infolge der Ausfuhrstilllegung während der Balkankriege. Die Intensität der Arbeiterbewegung zeigt sich den Konjunkturschwankungen der Wirtschaft weitgehend angepaßt. Aus den „Berichten“ gewinnt man auch einen Ueberblick über die Lohnverhältnisse der verschiedenen Branchen. Um aber das Absinken des Reallohnes trotz geringer Lohnerhöhungen infolge der seit der Jahrhundertwende rasch steigenden Lebensmittelpreise und Wohnungszinse aufzuzeigen, stellen die Gewerbeinspektoren den Lohnangaben sogenannte „Wirtschaftskonti von Arbeiterfamilien“, Vorläufer unserer Haushaltsstatistik, gegenüber. Sehr interessant ist es auch, die allmähliche Reduzierung der täglichen Arbeitszeit vom Elf- zum Achtstundentag zu verfolgen — seit 1889 weicht der Elfstundentag allmählich dem Zehnstundentag, 1911 setzt der Kollektivvertrag der Maurer neunstündige Arbeitszeit fest und seit 1912 betragen die Arbeitsschichten der chemischen Industrie nur mehr acht Stunden — sowie den Kampf um den freien Samstagnachmittag. Ein Urlaubsanspruch von drei Tagen bis einer Woche pro Jahr findet sich erstmals im Tarifvertrag der Steindrucker (1909) gesetzlich verankert.

Die europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Freihandelszone als Mittel zur Integration Europas

Aus einem, am 13. Okt. 1958 von Dr. jur. et Dr. rer. pol. Richard Kerschagl, o. Professor der Hochschule für Welthandel, Professor an der Universität Wien, im Institut für Wissenschaft und Kunst gehaltenen Vortrag

Die Frage der wirtschaftlichen Integration Europas ist ein Teil der wirtschaftlichen Paneuropaidee, welche eine wirtschaftliche und auch eine politische Seite hat. Das Scheitern der politischen Paneuropaidee ist vor allem auf vier Momente zurückzuführen gewesen: darauf, daß sie bis heute fast immer für das Vormachtstreben einer einzelnen Macht verwendet wurde, und zwar abwechselnd von Frankreich, Deutschland und Rußland und weiters darauf, daß die Kolonialmächte nicht ohne ihre Kolonien und Dominions in einen Zusammenschluß hineingehen konnten, an der Gegnerschaft Rußlands und Englands in den letzten Jahrzehnten und schließlich daran, daß rohstoffmäßig eine Paneuropaunion natürlich nicht im entferntesten die Vorteile einer weltwirtschaftlichen Union zu bringen vermochte. Ein Teil der Hindernisse ist entschwunden, da ein Großteil der europäischen Kolonien entweder verloren gegangen ist oder sich ihr Verhältnis zu den Besitzern gelockert hat. Dafür aber ist praktisch nur mehr eine sogenannte „kleine Lösung“ möglich, da eine Ausdehnung einer solchen Union über den Eisernen Vorhang hinaus zunächst nur als Utopie erscheinen mag. Hingegen ist bereits eine ganze Reihe von Instrumenten für das wirtschaftliche und politische Paneuropa geschaffen worden, wie etwa auf politischer Ebene die Straßburger Union, auf wirtschaftlichem Wege die OEEC, EZU, BIZ, Montanunion, GATT und anderes mehr. Man kann daher nicht vom Fehlen an Organisationen, sondern eher von einem gegenüber dem gegenwärtigen Stand an Realisierungsmöglichkeiten hypotrophen Stand reiner Organisationen sprechen. Ein großes Hindernis bil-